

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

12.7.1928 (No. 161)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Amen, b.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Abat, der als Kassensatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontroversverfahren fällt der Kostent fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Anbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Die Antworten auf die Kellogg-Note

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist die Antwort der deutschen Regierung auf die letzte amerikanische Note v. 23. Juni d. J. über den Abschluß eines internationalen Paktes zur Abtötung des Krieges am Mittwoch nachmittag dem amerikanischen Botschafter überreicht worden. Die Note wird am Freitag veröffentlicht werden.

In französischen diplomatischen Kreisen wird es, wie Havas berichtet, für wahrscheinlich gehalten, daß die französische Regierung Ende dieser Woche auf die letzte Note Kelloggs über den Abschluß eines mehrseitigen Vertrages zur Abtötung des Krieges antworten wird. Es wird weiter erklärt, daß die französische Note, deren Text noch nicht in allen Einzelheiten feststeht, deren wesentliche Ausführungen jedoch im Ministerrat gebilligt wurden, an den Gesichtspunkten festhalten wird, die bereits wiederholt von Frankreich zum Ausdruck gebracht worden sind, namentlich mit Bezug auf den Vorbehalt hinsichtlich der Völkerbundsatzung.

„Matin“ berichtet, daß die französische Antwort vermutlich bereits am Samstag dem französischen Botschafter in Washington zur Überreichung an den Staatssekretär Kellogg überreicht und Anfang kommender Woche veröffentlicht werden wird. Frankreich nimmt den Text Kelloggs an, der, so erklärt der „Matin“, nichts anderes sei, als der erste Text Briand's, als es sich noch um den Plan eines französisch-amerikanischen Antikriegspaktes handelte.

### Ein erster Zwischenfall in der Pfalz

Die französische Gendarmerie in Landau meldete den deutschen Behörden, daß in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch ungefähr nachts 11.15 Uhr an der Cronichonstraße ein französischer Wachposten angeschossen worden sei. Er wurde von einem Schuß, der unterhalb des Herzens einbrang, schwer verwundet und bewußtlos in das französische Krankenhaus eingeliefert. Ein weiterer Schuß ist an dem Leibriemenhaken abgeprallt. Die Schüsse wurden aus einem Revolver abgegeben. Der Soldat konnte noch angeben, daß der Schuß von einem Radfahrer, der in Begleitung eines anderen vorüberfuhr, abgegeben wurde. Einer der Radfahrer trug einen hellen Mantel, der andere einen dunklen Anzug.

Die deutschen Behörden haben sofort eine Untersuchung eingeleitet. Die Ermittlungen gestalten sich jedoch deshalb schwierig, weil der Verwundete bis zur Stunde noch bewußtlos ist. Direkte Lebensgefahr besteht nicht.

Die Patrouille, die seit Mittwoch mittag von zwei französischen Gendarmen auf der Mannheimer Rheinbrücke vorgekommen wird, steht offenbar mit dem Landauer Zwischenfall im Zusammenhang. Die Kontrolle erstreckt sich vor allem auf jüngere Leute — besonders Radfahrer —, die von Ludwigshafen nach Mannheim wollen.

### Die Amnestie

Im Reichstagsausschuß für Rechtspflege wurde, wie bereits kurz gemeldet, der Antrag der Regierungsparteien über die Amnestie unter Ablehnung aller Anträge mit allen gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei angenommen. Einstimmig angenommen wurde eine Entschlieung, bei den Vändern dahin zu wirken, daß Personen, die aus wirtschaftlicher Not und aus Anlaß des passiven Widerstandes strafällig geworden sind, bei der Ausübung des Gnadenrechtes in besonders wohlwollender Weise berücksichtigt werden. Die Entschlieung Ewerling, daß in den sogenannten Femealfällen alsbald voller Straferlaß gewährt, zunächst aber die Gefängnisstrafe in Festung umgewandelt werde, wird abgelehnt.

### Die Luftspionage

Nach hartnäckigen Leugnen hat, dem „Berl. Tagbl.“ zufolge, Ludwig dem Vernehmungssichter nunmehr ein Geständnis abgelegt. Die Untersuchung in der Spionageaffäre bei der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt erstreckt sich jetzt insbesondere auf die Tätigkeit des Regierungsbaumeisters Ludwig in der deutschen Flugzeugindustrie vor Eintritt seines Postens bei der D. V. L. in Adlershof. Es ist der Verdacht aufgetaucht, daß Ludwig, der erst im vorigen Jahre sein Regierungsbauameisterexamen gemacht haben soll, von Anfang an im Auftrage seiner russischen Hintermänner gehandelt, planmäßig Stellung bei den wichtigsten Werken der deutschen Flugzeugindustrie gesucht hat und dann schleunigst wieder den Abschied nahm, wenn sein Vorhaben, sich in den Besitz gewisser Kenntnisse und Pläne zu setzen, erfolgreich durchgeführt war. Ludwig, der erst 27 Jahre alt ist, entstammt einer alt-eingesessenen Stuttgarter Beamtenfamilie und hatte sich seit früher Jugend mit Luftfragen beschäftigt. Eine seiner Reisen führte ihn vor einigen Jahren nach Moskau, wo er im Dienste der deutschen Luftfahrtindustrie eine Zeit lang tätig war. Offenbar haben die Verbindungen Ludwigs zu den Sowjetbehörden ihren Ursprung in diesem Moskauer Aufenthalt.

Die Vorlage über den Nationalfeiertag. Dem Rechtsausschuß des Reichstages ist die Vorlage über den Nationalfeiertag zu bringen. Aber sie wird jedoch erst im Herbst Beschluß gefaßt werden.

Eine Entschlieung der Tiroler Nationalräte. Die Tiroler Nationalräte übermittelten dem Bundeskanzler Dr. Seipel die Entschlieung der 298 nordtiroler Gemeinden, in der ein Schritt der Bundesregierung bei den europäischen Mächten zu Gunsten der südtiroler Deutschen verlangt wird.

Zu 7 Millionen Steuernachzahlung verurteilt. Durch Urteil des Obersten Verwaltungsgerichtes in Warschau wurden die Vereinigten Königs- und Laurachütten in Königshütte zu einer Nachzahlung von sieben Millionen Pfund Steuern verurteilt. Es handelt sich um Steuern aus dem Jahre 1924, die das Unternehmen sich zu zahlen weigerte.

### Letzte Nachrichten

#### Das Steuersenkungsgesetz im Ausschuß angenommen

WZ, Berlin, 12. Juli. (Tel.) Im Steueraus- schuß des Reichstages wurde heute die von den Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum beantragte Lohn- steuersenkung angenommen, dazu eine Ent- schlieung, wonach im Herbst auch die Einkommen- steuer für die mittleren Einkommen und die Re- alsteuern gesenkt werden sollen. Die Annahme erfolgte mit den Stimmen der Antragsteller und eines Teiles der Deutschnationalen bei Stimmenthaltung der Kommunisten.

#### Botschafter v. Hoesch bei Poincaré

WZ, Paris, 12. Juli. (Tel.) Der deutsche Botschafter v. Hoesch hatte heute morgen eine einstündige Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré. Der Botschafter gab zunächst einige Aufklärungen über die deutsche Re- gierungsbildung. Im weiteren Verlaufe des Gesprä- ches wurde in allgemeiner Weise der gegenwärtige Stand der deutsch-französischen Beziehungen in seiner Gesamtheit erörtert.

#### Die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen

WZ, Warschau, 12. Juli. (Tel.) Im Zusammenhang mit der Note der Reichsregierung über die Fortsetzung der deutsch-polnischen Handelsvertragsver- handlungen hat der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Krauscher, gestern nachmittag dem Leiter der Vertretung des polnischen Ministeriums des Äußern, Lipski, einen Besuch abgestattet. Die offiziöse „Epoca“ bezeichnet es als notwendig, daß die Verhandlungen nicht nur formell erneuert werden. Es sei deshalb erwünscht, daß vorerst alle Schwierig- keiten beseitigt würden, die im Laufe der früheren Verhand- lungsbahnen entstanden seien.

Der polnische Bevollmächtigte bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, Minister v. Twardowski, erklärte, daß der Entwurf des neuen deutsch-polnischen Handelsvertrages sicherlich noch vor Jahreswende den beiden Regierungen vorgelegt werden würde. Er gibt seiner Über- zeugung Ausdruck, daß die Unterzeichnung des Vertrages für beide Staaten von bedeutendem wirtschaftlichem und politischem Interesse sein werde.

#### Massenverhaftungen in Spanien

WZ, Paris, 12. Juli. (Tel.) In Ergänzung einer Meldung der Fabra-Agentur aus Madrid wird dem Jour- nal gemeldet, daß seit einigen Tagen beständig Gerüchte im Umlauf gewesen seien über die Vorbereitung einer über ganz Spanien verbreiteten Bewegung, die den Sturz der Monarchie zum Ziele habe. Die Polizei habe bereits zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Zahl der Verhafteten belaufe sich auf etwa 100. Die Festnahmen seien vor allem durchgeführt worden in gewerkschaftlichen und kommunistischen Kreisen in den Provinzen Madrid, Barce- lona, Saragossa, Biscaya und Guipuzcoa. Nach einer Mel- dung des New York Herald aus Madrid belaufe sich die Zahl der Verhaftungen auf 500.

In einer der Presse zugestellten halbamtlichen Er- klärung wird ausgeführt, ebenso wie in den vergangenen Sommern werde gegenwärtig versucht, die Abwesenheit des Königs und des Ministerpräsidenten, die sich zur Einweihung der neuen Eisenbahnlinie nach Conzanc begeben müssen, dazu zu benutzen, um Unruhen herbeizurufen. Die Behör- den seien den an der Bewegung Beteiligten bereits auf der Spur, aber das wirksamste Mittel — so heißt es in der halb- amtlichen Erklärung —, um eine solche Verschwörung zum Scheitern zu bringen, sei die Unterstützung der Regierung durch alle loyal Gesinnten und für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung Verantwortlichen.

#### England und die Abfindungskonvention

WZ, London, 12. Juli. (Tel.) In Erwiderung auf eine Anfrage wegen der Nichtratifizierung der Konvention über den achtstündigen Arbeitstag durch Großbritannien erklärte Lord Cushendun; Der Wortlaut der Konvention ist in seiner gegenwärtigen Form nicht brauchbar für die britischen Ver- hältnisse, wenn er auch für die Verhältnisse in anderen Län- dern brauchbar sein mag.

#### Die französischen Sozialisten

WZ, Paris, 12. Juli. (Tel.) Der Vorstand der Sozialis- tischen Partei hat in einer gestern abend abgehaltenen Sit- zung eine Entschlieung angenommen, in der er unter Be- zugnahme auf die von Albert Thomas in Rom gehaltenen Rede und auf die Teilnahme des Kammerpräsidenten, des sozialistischen Abgeordneten Douffion, an der Flottenparade in Le Havre alle Parteimitglieder daran erinnert, daß sie, gleichviel welches Amt sie bekleiden, bei der Ausübung ihres Amtes ihre Eigenschaft als Sozialisten nicht vergessen dürften.

### \* Zur Rede des badischen Finanzministers

Anläßlich der großen politischen Aussprache im Badi- schen Landtag hat Finanzminister Dr. Schmitt eine Rede gehalten, die es verdient, innerhalb und außerhalb un- seres Landes mit aller Aufmerksamkeit gelesen zu wer- den. Hat doch der Finanzminister die Gelegenheit ben- nutzt, um einmal vor der Öffentlichkeit Fragen zu be- antworten, die je länger je mehr das Interesse des Staatsbürgers bewegten. Abgesehen von solchen Fällen, in denen ganz offenkundig Lust zu oppositioneller Kritik Triebfeder des Tuns war, ließen sich alle diese Frage- steller zweifellos von dem Gefühl ehrlicher Sorge um das finanzielle Wohl unserer Bevölkerung leiten. Mer- dings entsprach dabei nicht immer das Ausmaß der finanzrechtlichen und finanzpolitischen Kenntnisse dem Maß der Beforgtheit. Infolgedessen konnte es nicht aus- bleiben, daß auch die Äußerungen dieser Sorge Formen annahm, die man selbst bei ruhigster Prüfung der Sachlage als übertrieben bezeichnen mußte.

So war es denn doppelt und dreifach zu begrüßen, daß Finanzminister Dr. Schmitt in großangelegter Rede auf diese Dinge zu sprechen kam und dabei alle jene Tat- sachen ins rechte Licht rückte, die allein geeignet sind, uns ein zutreffendes Urteil über die finanz- und steuer- politische Lage Badens zu erlauben. Der Finanzmini- ster ist dabei mit vollkommener Sachlichkeit vorangegan- gen.

Daß die Realsteuern in Baden an sich sehr hoch sind, bestritt er vom Standpunkt einer solchen Objektivität aus nicht im mindesten. Aber er schilderte dem Landtag auch gleichzeitig die Ursachen dieser hohen Realsteuern. Soweit diese Ursachen unabänderlicher Natur sind, läßt sich für die Zukunft kaum eine Besserung erhoffen. Jedoch gibt es unter ihnen auch einige, die sehr wohl be- seitigt oder verändert werden können.

Da ist zunächst das Thema des Finanzausgleichs. Wenn der Finanzminister bei dieser Gelegenheit auch nicht des näheren darauf eingegangen ist, so bedeuten seine ganzen Ausführungen doch von neuem eine starke Untermauerung der Forderung, daß das Reich den Vän- dern die finanzielle Selbständigkeit nicht rauben dürfe, und daß die Länder Einnahmequellen besitzen müssen, die ihnen die Erledigung der pflichtmäßigen Aufgaben er- möglichen. Man vergleiche einmal: der Fortfall der ba- dischen Einkommensteuer von früher wird durch die Reichsübernahme nicht völlig ausgeglichen, und auch sonst liegen doch ernstliche Verluste an Kapitalsteuerverwerten, Betriebsvermögenswerten und Grundvermögenswerten vor; dennoch sind die Länder mit neuen Aufgaben durch die Reichsgesetzgebung überbelastet. Dieser Zustand er- heischt irgendeine Änderung.

Nun gibt es aber noch eine andere Ursache der hohen Realsteuern, die, auch vom Standpunkt der Regierung aus gesehen, kritisch zu betrachten ist, mit dem Wunsch, sie nach Möglichkeit zu beseitigen. Und das ist die Über- nahme von ehemaligen Gemeindeaufgaben auf den Staat. Die Ausgaben des badischen Staates für die Volksschulen sind nach dieser Übernahme von 5.15 Millionen auf 37.4 Millionen Reichsmark gestiegen. Von den Reichsüberwei- sungen an Einkommen- und Körperschaftsteuer behält das Land Württemberg, das stets gerne zu Vergleichen herangezogen wird, 66,66 Proz., Baden dagegen nur 60,71 Proz. Im ganzen ist in den letzten Jahren über- haupt eine Minderung des Staatsanteils festzustellen. Der Grund ist darin zu suchen, daß der heutige Vertei- lungsschlüssel veränderlich ist: je größer die Reichsüber- weisungen, desto kleiner wird der staatliche Schlüssel- anteil. Die persönlichen Schullasten sind aber auch für Baden deshalb größer, weil unser Land 100 Proz. des gesetzlich gebotenen persönlichen Schulaufwands trägt, während andere Länder nur einen Teil davon überneh- men. Auch von der Gebäudesteuer fließt dem badis- chen Land im Verhältnis zu der Summe, die den Ge- meinden zufließt, weniger zu als anderen Ländern. Der Aufwand auf dem Gebiet der Fürsorge ist ebenfalls in Baden wesentlich größer als in Württemberg.

Nach all dem kann man es begreifen, daß auch der badische Finanzminister die Frage aufwirft, ob das ba- dische System richtig sei, wonach das Land den Gemein- den große Aufgaben und große Ausgaben abgenommen habe, und daß er erklärt, diese Frage werde demnächst

### bei der Neuregelung des badischen Finanzausgleichs eingehend erörtert werden.

Was die Frage der Verwaltungsvereinfachung betrifft, so ist der badische Finanzminister der Ansicht, daß abgesehen von der Frage nach den Amtskörperschaften, Organisationsveränderungen von großem Format nicht mehr möglich oder nötig sind. Dagegen wird auch seiner Ansicht nach manches vereinfacht werden können. Was er hierüber im einzelnen mitgeteilt hat, ist außerordentlich beachtenswert.

In demselben Zusammenhang hat der Finanzminister das eiserne Gebot des Sparens gepredigt. Er hat dabei keine Partei ausgenommen und dem Landtag zugerufen, er möge in Zukunft am Etat nur noch Abstriche und keine Aufstiche machen. Ferner verlangt der Finanzminister, daß ihm dieselben Rechte seines Ministerkollegen gegenüber gegeben werden, wie dem Reichsfinanzminister und dem preussischen Finanzminister.

Die Mahnung zu sparen hat Dr. Schmitt dann aber auch an die Kreise gerichtet, die wohl vom Staat Vereinfachung verlangen, selbst aber manchmal recht wenig von dieser Tugend erkennen lassen. Er hat dabei Zustände kritisiert, die unter allen Umständen geändert werden müssen. Neun badische Handelskammern und vier badische Handwerkskammern sind bestimmt zu viel. Und ebenso sollten sich landwirtschaftliche Genossenschaften, sofern sie auf dem gleichen Boden stehen, unbedingt zusammen tun. Auch bei so mancher Aktiengesellschaft könnte dieser oder jener Direktor- oder Aufsichtsratsposten eingespart werden. Wer Vereinfachung vom Staat verlangt, muß selbst mit gutem Beispiel vorangehen!

Schließlich hat sich der Finanzminister ausführlich mit der bekannnten Kritik des deutschvolksparteilichen Abgeordneten Dr. Mattes beschäftigt und mit dem von ihm vertretenen Wunsch nach Steuerentfaltung. Sehr richtig hat Dr. Schmitt Herrn Dr. Mattes darauf aufmerksam gemacht, daß man bei dem Vergleichen mit anderen Ländern sehr vorsichtig sein müsse. Daß die Realsteuern bei uns sehr hoch sind, ist zugegeben. Ob sie im allgemeinen höher sind als in anderen Ländern, läßt sich zur Zeit jedoch von niemanden behaupten oder beweisen, da uns die notwendige amtliche Statistik dazu fehlt, und da uns die zum Vergleich nötige Gleichheit der steuerlichen Unterlagen abgeht. Ferner wird häufig genug bei solchen Vergleichen eine Reihe von Tatsachen verschwiegen. Erst wenn die Steuerbegriffe gleichartig sind, und eine amtliche Statistik vorliegt, wird man zutreffend vergleichen können. Auf dem Wege der Verständigung zwischen den Ländern und auf dem Wege über ein Reichssteuervereinheitlichungsgesetz werden die Berechnungsunterlagen geschaffen werden, die uns jetzt noch fehlen.

Mit einer Reihe von Tatsachen hat der badische Finanzminister dann den Beweis erbracht, daß die badische Verwaltung seit 1918 sparsam verfahren ist. Hier war ein Vergleich möglich, da ganz bestimmte reichsstatistische Unterlagen gegeben sind.

Die Steuerentfaltung mußte der badische Finanzminister ablehnen aus dem sehr einfachen Grunde, weil der Etat ein Defizit aufweist. Man wird dieses Defizits in irgendeiner Form Herr werden müssen. Eine Steuerentfaltung aber angeht, eines solchen Defizits zu verlangen, geht gewiß nicht an; und wir sind überzeugt, daß die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung dieser Auffassung beipflichten wird.

Die französische Amnestie. Die in Frankreich geplanten Begnadigungsmahnahmen sollen sich grundsätzlich nur auf die wegen politischer Vergehen verurteilten Elässer, aber nicht auf die Kommunisten erstrecken.

### Die Rettungsexpeditionen in der Arktis Malmgren gefunden?

Von russischer Seite wurde gemeldet, daß bei einem Erkundungsflug der russische Flieger Tschudnowski 80 Grad 42 Min. nördl. Br., 25 Grad 45 Min. östl. L., 20 Meilen östlich von dem Eisbrecher „Kraffin“ die Malmgren-Gruppe entdeckte, von der zwei Mann mit Fahnen winkten und der dritte in liegender Stellung verbarstete.

Es besteht Aussicht, daß die Gruppe gerettet wird. Der russische Eisbrecher hat mit Vollkraft die Fahrt in Richtung auf die von dem Flieger bezeichnete Position der Malmgren-Gruppe aufgenommen. Der Kapitän des Schiffes hofft, wenn nicht auf der letzten Fahrstrecke die Eismassen ganz undurchdringlich werden sollten, bald die Gefährdeten zu erreichen. Der „Kraffin“ bewegt sich zur Zeit mit einer Stunden-Geschwindigkeit von 4 Seemeilen. Der Eisbrecher, der von zersplitterten Eisschollen umgeben ist, wird die Malmgren-Gruppe vermutlich am heutigen Donnerstag erreichen, wenn keine besonderen Schwierigkeiten eintreten.

Aus den Meldungen über die Auffindung einer Dreimännergruppe nordwestlich der Fohn-Inseln geht nicht hervor, ob der russische Flieger niedrig genug geflogen ist, um die Männer auf dem Eise genau erkennen zu können. Aufeinander konnten nur die Menschen als solche erkannt werden, so daß durchaus auch die Möglichkeit besteht, daß es sich um Amundsen und seine beiden Gefährten handelt, die sehr gut gerade in dieser Gegend zu einer Notlandung gezwungen gewesen sein könnten. Da weiter nach Aussage des russischen Piloten die Männer auf dem Eise mit einer norwegischen Flagge signalisiert haben, hat die Annahme, daß es sich um Amundsen handeln könnte, sehr viel für sich.

WTD. Rom, 12. Juli (Tel.). Amtlich wird die Auffindung der als Malmgreen-Gruppe angesprochenen Gruppe von drei Männern bekanntgegeben, die dem russischen Flieger Tschudnowski gelungen ist. Eine plötzlich sich ausbreitende Nebelbank verhinderte den Flugzeugführer, den Eisbrecher „Kraffin“ wieder aufzufinden. Er flog darauf in der Richtung der Küste und es gelang ihm, in der Nähe von Kap Platen zu landen, wobei allerdings der Apparat beschädigt wurde. Die fünf Personen, die an Bord waren, konnten die Küste erreichen. Sie haben eine Langwellenfunktion und Lebensmittel für 15 Tage.

## Deutscher Reichstag

DD. Berlin, 11. Juli

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt der Einspruch des nationalsozialistischen Abgeordneten Straßer gegen seinen Ausschluß von der 6. Plenarsitzung. Der Einspruch — eine Aussprache darüber ist nach der Geschäftsordnung nicht zulässig — wird abgelehnt. Dafür stimmen nur die Nationalsozialisten und unter lauten Pfuirufen der Mehrheit die Deutschnationalen.

Es folgt

### die erste Beratung eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches,

das dem Rechtsausschuß zur Fortsetzung der im letzten Reichstag nicht abgeschlossenen Beratung überwiesen werden soll.

Abg. Dr. Alexander (Komm.) lehnt den Entwurf ab.

Ohne weitere Aussprache wird der Entwurf dem Ausschuß für die Strafrechtspflege überwiesen.

Auf Antrag der in der Regierung vertretenen Parteien und der Wirtschaftspartei soll im Gesetz über die Einstellung des Personalabbaues die Frist für die Regelung

der Rechtsverhältnisse der Wartestandsbeamten

vom 31. Juli 1928 bis zum 31. Januar 1929 verlängert werden.

Abg. Gottheiner (DD.) verlangt, daß die Wartestandsbeamten ohne weiteren Verzug in ihre alten Rechte wieder eingesetzt werden.

Abg. Dr. Fried (NS.) beantragt die volle Anrechnung der Wartestandszeit auf das Pensionsdienstalter.

Ministerialdirektor Dr. Lohholz bittet um Annahme des Antrages der Regierungsparteien, damit die Reichsregierung die verlängerte Frist zur Regelung der Verhältnisse benutzen könne.

Abg. Dr. Quast (DD.) erklärt, es wäre die Pflicht der Regierung gewesen, diese Materie schon längst zu regeln (Ause links: „Sehr richtig, das sagen Sie Herrn von Neudell“).

Abg. Steintopf (Soz.) tritt gleichfalls für eine endgültige Regelung ein. Dem neuen Kabinett müsse aber durch die Fristverlängerung die notwendige Zeit dazu gegeben werden. Um eine Schädigung der Beamten zu vermeiden, müsse der Regierung rüchwirkende Kraft gegeben werden.

Der Antrag der Mehrheitsparteien wird nach Ablehnung nationalsozialistischer Änderungsanträge in erster und zweiter Beratung angenommen.

Die dritte Beratung wird auf Donnerstag vertagt.

Zur ersten Beratung kommt dann eine Regierungsvorlage, die

### die Bienen in das Viehseuchengesetz

einbezieht, aber auch eine abweichende landesrechtliche Regelung zulassen will.

Die Vorlage wird ohne weitere Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Der Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit Siam wird dem Handelspolitischen Ausschuß überwiesen. Das deutsch-schwedische Abkommen zur Ausgleichung der in- und ausländischen Besteuerung wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt der Ausschußbericht über den kommunistischen Antrag zur

### Krisenunterstützung.

Der Sozialpolitische Ausschuß schlägt dazu eine Entschlieung vor, der verlangt, zur Krisenunterstützung allgemein solche Fabrikarbeiter zuzulassen, die gewohnheitsmäßig mit Berufsangehörigen der Gärtnerei, Metallbearbeitungs-, Maschinenindustrie, Lederindustrie, Holz- und Schnitzstoffgewerbe, Bekleidungsindustrie und Angestelltenberufe zusammenarbeiten.

Bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes soll die Krisenunterstützung auf sämtliche Berufe ausgedehnt werden. Die Unterstützungsdauer soll allgemein auf 39 Wochen, für Arbeitnehmer über 40 Jahre bis auf 52 Wochen verlängert werden. Die auch aus der Krisenunterstützung ausgesetzten Erwerbslosen sollen bei Notstandsarbeiten bevorzugt und berücksichtigt werden.

Abg. Dr. Pfeffer (DD.) beantragt die Streichung der in der Entschlieung enthaltenen Forderung auf allgemeine Ausdehnung der Unterstützungsdauer auf 39 Wochen.

Reichsarbeitsminister Wiffel verweist auf seine im Ausschuß abgegebene Erklärung. Die gegenüber dem Vorjahre verschlechterte Konjunktur spiegelte sich auch in der Arbeitslosen-zahl wieder. Die als Voraussetzung für die Krisenunterstützung erforderliche andauernd besonders ungünstige Arbeitsmarktlage sei erfreulicherweise noch nicht in allen Berufen gegeben. Sollte es dazu kommen, so werde das Reichsarbeitsministerium gerne die Krisenunterstützung auf sämtliche Berufsgruppen ausdehnen. Der Minister erklärt sich auch mit den übrigen Forderungen der Entschlieung einverstanden. Für die älteren Erwerbslosen solle die Unterstützungsdauer auf 52 Wochen verlängert werden. Ob die allgemeine Ausdehnung auf 39 Wochen möglich ist, werde von der Regierung wohlwollend geprüft werden.

Abg. Käbel (Komm.) begründet einen weitergehenden kommunistischen Antrag.

Abg. Müller-Waldenberg (Soz.) legt zahlenmäßig die unzureichende Unterstützung der Erwerbslosen in Rußland dar. Für die Erwerbslosen gebe Rußland 40 Millionen Rubel, Deutschland 800 Millionen Reichsmark aus.

Abg. Aufhäuser (Soz.) erklärt: Die Arbeitslosenversicherung sei ein Erfolg der sozialdemokratischen Politik. Die Arbeitslosen könnten nicht bis zum Herbst warten, wo frühestens das Arbeitslosenversicherungsgesetz geändert werden könne.

Abg. Stöhr (NS.) erklärt, die Ausschlußentschlieung sei nicht ausreichend. Aufschärfte müsse der Verschlechterungsantrag der Deutschen Volkspartei zurückgewiesen werden.

Die kommunistischen Anträge werden gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Die Entschlieung des sozialpolitischen Ausschusses wird unter Ablehnung des volksparteilichen Änderungsantrages angenommen.

Ein Antrag der Wirtschaftspartei auf Änderung der Verteilung des zollfreien Gefrierfleischkontingents wird dem volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen.

Am 18. Juli vertagt sich das Haus auf Donnerstag 14 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Amnestiegesetz, Steuerentfaltung und kleinere Vorlagen.

Da auf die Tagesordnung ohne Widerspruch auch die dritten Lesungen dieser Vorlagen gesetzt werden, besteht die Möglichkeit, daß der Reichstag schon am Donnerstag in die Ferien geht.

Kommunalwahlen in Preußen. In Preußen finden am 2. Dezember Kommunalwahlen statt.

Die Vereinigung Walbeds mit Preußen. Im preussischen Landtag wurde am Dienstag das Gesetz über die Vereinigung Walbeds mit Preußen gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

Fünf Doneschururteile hingerichtet. Nach einer amtlichen Meldung aus Moskau sind am Dienstag nachmittag die fünf Doneschururteile: Bojarinow, Juschewitsch, Wubny, Gorlock und Kerschjanowski hingerichtet worden. Die übrigen sechs Verurteilten wurden zu 10jährigen Gefängnisstrafen mit Einzelhaft begnadigt.

## Kurze Nachrichten

Die britische Delegation in der kommenden Völkerverammlung. Chamberlain gab im Unterhaus bekannt, daß außer ihm der britische Delegationsleiter in der kommenden Völkerverammlung angehören werden: Lord Cusshendun, Sir Cecil Hurst, Sir Hilton Young, Edith Whitley, Duff Cooper.

Ernennung Ebel zum Nachfolger von Serrus. Der französische Handelsminister Bolanowski hat, wie vorhergesagt, den stellvertret. Ministerialdirektor im Handelsministerium Ebel zum Nachfolger des Ministerialdirektors Serrus als Leiter der Abteilung für Handelsverträge im Handelsministerium ernannt. Ebel entstammt einer elsässischen Familie, die nach dem Friedensschluß von 1870 das Elsaß verlassen hat.

Bilsubski Erholungsreise aufgegeben. Marschall Bilsubski hat nun den Plan, seinen Sommerurlaub in Rumänien zu verbringen, aufgegeben. Kalbamtlich wird der Entschluß des Marschalls mit der großen Gibe, die gegenwärtig in Rumänien herrscht, erklärt. Bilsubski wird den Erholungsurlaub in seiner Villa in Sulejow bei Warschau verbringen.

Einführung neuer Schriftzeichen in der Türkei. Die mit der Reform der türkischen Schriftzeichen besetzte Kommission hat nunmehr ihre Arbeiten beendet und den Gebrauch völlig neuer Schriftzeichen die dem lateinischen Alphabet entnommen sind, beschlossen. Mustafa Kemal Pascha verwendet die lateinischen Buchstaben bereits in seiner Privatkorrespondenz.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

DD. Karlsruhe, 11. Juli.

Zu Beginn der Nachmittags-sitzung berichtet Abg. Dr. Oberkircher (D. Vpl.) namens des Geschäftsbereichsausschusses über die Mandatsübertragung des Staatspräsidenten und Innenministers Dr. Remmele. Sein Nachfolger auf der Liste der Sozialdemokratischen Partei des 6. Landtagswahlkreises (Mannheim) ist Geschäftsführer Jakob Krumpfheller, Mannheim. Das Haus nimmt davon Kenntnis.

Präsident Dr. Baumgartner begrüßt den neuen Abgeordneten und stellt ihn dem Hause vor.

Dann wird

### die politische Aussprache

mit der zweiten Rednerreihe fortgesetzt.

Abg. Dr. Jühr (Ztr.) findet die Rede des Abg. Bod recht mager und inhaltlos. Dem Abg. Müderer sagt er, es sei ein Unterschied, ob man im Reiche in der Verantwortung steht oder in einem Lande. Dem Programm Müller-Stresemann — so heißt eigentlich das neue Kabinett — könne das Zentrum in weitem Umfange beitreten. Auch das neue Kabinett werde, wie das Kabinett Marx, mit Wasser kochen und die Kritik vertragen müssen. Eine der Hauptfragen sei jetzt, wie in Zukunft der Ruf nach dem Reiche sein muß, namentlich im Hinblick auf die finanzielle Seite. Nach Lage der parlamentarischen Verhältnisse im Reichstag werde man wohl bald an die Finanzfrage des ganzen Fragenkomplexes herantreten. Das Zentrum habe von jeher treu am Reichsgedanken festgehalten. Auch von seiner Seite werde ein starkes Reich gewünscht, aber unter Beibehaltung des Föderativcharakters. Der Abg. Dr. Mattes selbst habe gegen den Unitarismus Bedenken geäußert. Man könne aber seinem Gedankengang auf steuerlichem Gebiet nicht folgen. Eine Erparnis werde nur auf dem Wege der Verwaltungsreform zu erzielen sein. Fort mit dem Nebeneinander der Behörden, fort aber auch mit der Er- und Erklabewirtschaft und den Zwergstaaten. Die Länder müßten ihre finanzielle Selbständigkeit wieder erhalten. Unbedingt erforderlich sei eine Kompetenzbegrenzung zwischen Reich und Ländern. Ein Steuervereinheitlichungsgesetz, das nicht den Ländern genügenden Spielraum läßt, wäre für uns untragbar. Eine Vereinheitlichung sei angebracht auf dem Gebiete der höheren Lehranstalten. Gaben wir doch 37 Schultypen zu bezeichnen, in Baden allerdings nur drei. Das Zentrum wehre sich gegen jede grundsätzliche Hoheitsverminderung der Länder. Es sei nicht einzusehen, weshalb man von Reich wegen in die staatsrechtlichen Verhältnisse Badens, Württembergs und Hohens eingreifen sollte. Wir haben eine süddeutsche Kultur und Wirtschaftsstruktur. Der zentralisierte Einheitsstaat müßte zur Revellierung führen. Das wäre kein Glück für das deutsche Volk. Die Rede des Abg. Dr. Mattes, so fährt Dr. Jühr fort, bewegte sich auf der Basis des Materialismus. Sie war nur diktiert von dem Gedanken: Weniger Steuer zahlen! Mit der Oberheimregulierung, der Elektrifizierung unferer Bahnen und manchem anderen berechtigten Wunsche wären wir sicher längst weiter gekommen, wenn wir die Entscheidung im Lande selbst zu treffen hätten. Die Methode des Abg. Dr. Mattes gegen den badischen Etat, die darauf ausgehe, zu sagen: Seht, der badische Staat ist nicht mehr in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen, lehnen wir ab. Badens Finanzen sind in besserer Ordnung. Mit dem Abg. Dr. Mattes geht der Redner darin einig, daß bis zum nächsten Etat der Versuch eines Abbaues der Realsteuern gemacht werden muß. Er begrüßte die Annahme des Zentrumsantrags zum Finanzgesetz durch den Ausschuß, als Steuerfuß vom Grundvermögen 200 Hundertteile statt 225 zu setzen. Wünschenswert hält Dr. Jühr die einheitliche Befreiung der Landwirtschaft von der Gebäufebefreiung im ganzen Reiche. Der Redner schließt mit einer Polemik gegen die Sozialdemokraten unter Zitierung von Flugblättern dieser Partei im Wahlkampf.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) wartet ihm gegenüber mit Wahlflugblättern des Zentrums auf. Im Hause kommt es zeitweise zu großen Heiterkeitsausbrüchen. Es folgt eine heftige Auseinandersetzung des Redners mit den Deutschnationalen wegen des Wahlrechts. Scharf wendet er sich sodann gegen die Taktik der Kommunisten. Die vom Finanzminister verteidigte Politik werde die Sozialdemokratie stützen. Man wünsche nur, daß er gegen gewisse Bestrebungen von Abgeordneten, auch aus der eigenen Fraktion, härter werden möge. Zur Frage des Zuschlagsrechts für die Gemeinden bemerkt der Redner, die Sozialdemokratie würde sich dagegen wehren, daß Freiteile des Einkommens von Gemeinde wegen besteuert werden. Die Arbeit der Fortbewaltung finde im allgemeinen Anerkennung. Restimmismus sei angehts der Lage des Holzmarktes wohl am Platze; denn hier begangene Fehler seien nicht wieder gutzumachen. Der Minister möge sich ins Mittel legen, damit die persönlichen Differenzen verschwinden. Auf dem Gebiete des Straßenbaues müßten die Dauereden und getrockneten Straßen mit aller Kraft forciert werden. Wir sind für ausreichende Beschäftigung der Steinindustrie. Den wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates, soweit sie von finanzieller und volkswirtschaftlicher Bedeutung sind, gesteht der Redner zu, daß sie sich gesund und ertragreich erweisen. Auch hält er die Verwaltungsmagimen für richtig. Abg. Meier fest sich

weiteren Verlaufe seiner Rede mit dem Zentrum wegen der Abstriche am Budget auseinander. Er fordert die gänzliche Aufhebung der Fleischsteuer. Die Relation bei der Grund- und Gewerbesteuer von 70 : 30 aufzugeben, lehne die sozialdemokratische Fraktion entschieden ab. Man werde sich durch keine Koalitionsrücksicht hindern lassen, das zu tun, was man im Interesse der arbeitenden Bevölkerung für erforderlich halte. Der Zentrumsantrag bringe einen Ausfall von 2,8 Millionen, die entnommen werden sollen aus dem Anteil der Gebäudebesitzersteuer für den Wohnungsbau, den man dafür durch eine Anleihepolitik dotieren will. Die sozialdemokratische Fraktion sei nicht etwa gegen eine Steuerentlastung; sie wende sich nur gegen die Art und Weise, wie es jetzt gemacht werden soll.

In einer persönlichen Bemerkung tritt Abg. Dr. Mattes einigen Ausführungen Dr. Föhr entgegen. Nach 1/9 Uhr vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag vorm. 1/9 Uhr.

D3. Karlsruhe, 12. Juli.

Neue Eingänge liegen nicht vor.

#### Die politische Aussprache

wird mit einer Polemik des Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Dnt.) gegen Zentrum und Sozialdemokratie fortgesetzt. Der Abg. Mayer-Heidelberg habe von Geheimverträgen der Deutschnationalen Partei beim Wahlkampf gesprochen. Solche Erlasse fänden bei ihm, dem Redner, keinen Glauben. Auf seiner Seite sage man: Heraus aus dem Proletariat! Dieses Wort erscheine widerwärtig. Der Redner äußert Bedenken gegen den Zentrumsantrag wie auch gegen die Aufhebung der Fleischsteuer. Er hofft, daß binnen drei Jahren die Dotation aus dem Budget verschwindet, und behält sich für später einen Antrag wegen Verwendung der dadurch freiwerdenden Mittel vor. Vom Abg. Föhr meint Abg. D. Mayer feststellen zu können, daß er nur schweren Herzens dem Finanzgesetz zugestimmt vermag. Die deutschnationale Fraktion lehne das Finanzgesetz ab. Darin sei aber keine Spitze gegen den derzeitigen Finanzminister gesucht oder gefunden worden. Seine Sachkunde, Nüchternheit und Gründlichkeit würde voll auf gewürdigt und diese Anerkennung auch auf seine Mitarbeiter im Ministerium und die mit diesem verbundenen Stellen ausgedehnt. In der vom Redner vorlesenen Erklärung wird daran erinnert, daß seine Fraktion bei der Einzelberatung am Zustandekommen des Etats, insbesondere auch des Befoldungsgesetzes mitgewirkt habe. Die Ablehnung des Finanzgesetzes wird damit begründet, daß es nicht Sache der Opposition sei, der Regierungskoalition zu helfen, ein solch schwieriges Gesetz zu schaffen, ferner damit, daß man der auf die Länder rückwirkenden Steuerpolitik des Reiches grundsätzlich zu widersprechen glaubt. Die Deutschnationalen forderten eine einfache, gerechte und gesunde Steuerpolitik und dementsprechend ein vereinfachtes, gesundes Steuersystem.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) wendet sich zunächst gegen die Bemerkung des Abg. Dr. Föhr, daß die Demokraten in das Reichskabinett „vereinbart“ worden seien. Die unabhängige Stellung der beiden Männer Koch-Weser und Dietrich-Waden biete die Gewähr, daß sie nur aus dem Gefühl der politischen Verantwortlichkeit heraus in das Kabinett eingetreten seien, das vielleicht beim Zentrum im letzten Stadium der Regierungsbildung nicht mehr in dem Maße wie früher vorhanden war. (Widerspruch im Zentrum.) Der Abg. Dr. Mattes meinte, in der badischen Koalition würden die Demokraten keine Vorbeeren pflanzen können. Deshalb sei man nicht in die Regierung eingetreten, wohl aber aus Verantwortungsgesühl und in der Überzeugung, daß auch das freigeitlich gestimmte Bürgerium in der Regierung vertreten sein müsse. Diesen Standpunkt hätten die Demokraten seit November 1918 vertreten. Daß die Einheitsfront dieses Teiles unserer Bevölkerung, wie sie 1919 vorhanden war, nicht mehr besteht, sei nicht die Schuld der Demokraten. Zur Rede des Finanzministers bemerkt der Redner: Wir stimmen ihm darin zu, daß eine Erhöhung der Realsteuern zur Deckung des Fehlbetrages nicht in Frage kommt. Dem Zentrumsantrag auf Erhebung von 200 Hundertteilen vom Grunderwerbsteuern treten wir bei. Wir sind damit einverstanden, daß der Ausfall von nahezu 3 Millionen aus der Wohnungsfürsorge entnommen und ein Ausgleich hierfür durch eine Vermehrung der Anleiheemissionen für den Wohnungsbau geschaffen wird. Erwünscht wäre die Verwendung des gesamten Aufkommens der Gebäudebesitzersteuer für den Wohnungsbau. Die Fleischsteuer zum 1. April 1929 völlig aufzuheben, würde einen Ausfall von 2 Millionen bedeuten. Das können wir nicht verantworten. Wir stimmen aber dem Ewentualantrag mit dem 30. April 1930 aus der Fleischsteuer. Mit dem Antrag auf Aufhebung der Hauszinssteuer. Mit dem Finanzminister hoffe man, den Fehlbetrag im Laufe der Budgetperiode durch Überschüsse erwirtschaften zu können. Man werde dem Minister auch darin beistimmen müssen, daß das Land Baden auf besondere Unterstützung des Reiches Anspruch erheben darf. Mit der Überleitung der Reichsbauverwaltung an die Bezirksbauämter sind wir einverstanden. Hoffentlich werde es gelingen, die Errichtung einer besonderen Rheinstromverwaltung in der unteren Instanz zu verhindern. Der Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern könne kein Individualausgleich sein. An der Steuerhöhe des Reiches müsse festgehalten werden. In den seit langen bestehenden Verhältnissen des Finanzministers solle nichts geändert werden. Bezüglich des Schlussewertes verlangt der Redner, daß seinerzeit der Landtag in die Lage versetzt wird, in aller Öffentlichkeit seine Entscheidung zu treffen, und sei es in einer besonderen Nachsitzung. Zum Schluß spricht er dem Finanzminister und dessen Beamten Dank und Anerkennung aus.

Abg. Dr. Mattes (D. Vp.) bleibt dabei, daß die Realsteuern in Baden mit dem Gesichtspunkte der steuerlichen Gerechtigkeit nicht vereinbar seien. Die Veröffentlichungen des Stat. Reichsamtes würden kein stichhaltiges Bild geben. Die steuerliche Überlastung im badischen Lande könne nicht geleast werden; man lehne aber jeden praktischen Weg zu einer Entlastung ab.

#### Finanzminister Dr. Schmidt

erklärt nochmals, daß steuerliche Gerechtigkeit kein festgelegter Begriff sei. Es handle sich nicht um Wissenschaft, sondern um Politik. Politik aber sei die Kunst des Möglichen. Das gelte auch von der Steuerpolitik. Die volkspolitischen Straßenanträge seien innerlich berechtigt, aber jetzt nicht durchzuführen. Alle Parteien hätten Ziele, die sich in absehbarer Zeit nicht verwirklichen ließen. Der Minister lehnt es ab, daß man eine Frage nach steuerlicher Gerechtigkeit so allgemein stellen kann. Das Reichsstatistische Amt sei eine durchaus unparteiische Behörde. Er halte sich deshalb berechtigt, das, was das Statistische Reichsamts festgelegt hat, dem Landtage nicht vorzuenthalten, auf eine Debatte, ob die Unterlagen richtig sind, will sich der Minister an dieser Stelle nicht einlassen.

Er nimmt für sich das Recht in Anspruch, dem Landtag eine Darstellung zu geben die beweise, daß die Behauptungen des Abg. Dr. Mattes nicht in allen Dingen stimmen. Die Abg. Mayer-Heidelberg, und Dr. Föhr haben von stillen Redneren gesprochen. Im Budget seien aber weder geheimhald-

rene noch Hilfsreferenten enthalten. Der Minister verzeihet in bezug auf die Reichseinkommensteuerüberweisungen den Mißstand, daß Einnahmeveränderungen im Laufe einer Voranschlagsperiode in Kauf genommen werden müßten, was alle Berechnungen über den Hausen werfen kann. Schuld daran sei der veränderliche Verteilungsschlüssel. Ein deutsches Land sei tatsächlich von der Rückzahlungspflicht betroffen worden.

Wie das Defizit ausgeglichen werden könne, lasse sich heute noch nicht sagen. Die Regierung erwarte u. a. einen Ausgleich seitens des Reiches für die Befoldungserhöhung. Beim Finanzausgleich zum 1. April werde die Regierung einen Verteilungsschlüssel für die Einkommensteuerüberweisungen fordern, der sich nach der Einwohnerzahl richtet, nicht nach dem Bedarf der Länder. Die Hauszinssteuer hat dem Minister nie große Freude bereitet. Welche Stellung das Staatsministerium künftig einnimmt, weiß er nicht. Daß die Gemeinden das Recht der Einkommensteuer erhalten sollen, sei auch seine Meinung. Es werde aber schwere Auseinandersetzungen darüber geben.

Abg. Hermann (Wirtschaftsp.) verteidigt in einer Polemik gegen das Zentrum das Programm seiner Freunde. Damit ist die politische Aussprache beendet. (Die Sitzung dauert fort)

#### Die badische Werkschau in der Badischen Landesgewerbeshalle

ist nun schon über vierzehn Tage der Öffentlichkeit übergeben, in seltlicher Form und ohne viel Aufhebens, wie sich das bei einer amtlichen Veranstaltung dieser Art von selbst versteht. Die Ausstellung ist fast ohne jeden Aufwand, der da Lust hat etwas Schönes zu sehen, der sich über die normale Geschäftsnisse des Alltags hinaus an Farben und Stücken erbauen und gleichzeitig neuzeitliches badisches Kunstschaffen kennen lernen will.

Besonders erfreulich ist auch das Interesse, das die Werkschau außerhalb von Baden findet. Neben den üblichen Besuchern melden, wie man hört, die Frauenarbeitschulen und Handarbeitsseminare von Keitlingen, Heilbronn u. a. württembergischen Städten ihre Besuche an; derartige und andere Besichtigungen auch aus dem eigenen Lande wären sehr willkommen.

Schon der äußere Eindruck des schlichtschönen, im Äußeren hergerichteten Weinbrennerbaus verlockt, auch das neu ausgestaltete Innere des Gebäudes zu betreten, dessen vor über 100 Jahren fast schon mit reinen neuzeitlichen Zweckformen geschaffene Räume zur Aufnahme gerade neuerer Kunst sich als außerordentlich glücklich erweisen. Insbesondere bringt schon eine erfreuliche Harmonie der Farbgebung einen guten Auftakt und Rahmen für das zu Schauende und für die wirklich sehenswerten Darbietungen der Badischen Werkschau. Sie lassen unsere heutigen Bestrebungen auf kunstgewerblichem Gebiete für die aufs Programm gestellten kunstgewerblichen Schöpfungen badischer Goldschmiede-, Töpfer- und Legierkunst (einschl. Uhren und Tapeten) in einer Höhe erkennen, die ernste Beachtung aller Kreise verdient.

Die demnächst wohl erscheinenden Besprechungen werden im einzelnen auf die Erzeugnisse eingehen, auf die hier nur noch einmal allgemein aufmerksamer gemacht sei.

#### Von der Stausstufe Heidelberg

Die technischen Arbeiten gehen, soweit die Schleusenammern in Betracht kommen, allmählich ihrem Ende entgegen. Gegen Ende des Monats Juli werden wohl die Schleusen in Betrieb genommen werden können. Große Reinkähne können allerdings noch nicht durch geschleppt werden, da der Bedarf noch nicht gekaufte werden kann. Nun beginnen die Arbeiten am Neufeld 6, wo man bald mit den Sprengungen beginnen wird. Nebezu fertiggestellt ist das Wehrtürerhäuschen mit dem Kommandorraum, von wo aus das Öffnen und Schließen der Tore vorgenommen wird. Oberhalb der Turbinenanlage an der Herrenmühle wird eine Rechenanlage mit Windschützer eingebaut. Vor der Vollenbung steht auch der Wehrturm II mitten im Neudar, das höchste Bauwerk der ganzen Anlage.

#### Aus den Parteien

Der Zentrumsabgeordnete Duffner, Furtwangen, kann sein 25jähriges Jubiläum als Landtagsabgeordneter begehen. Aus diesem Anlaß hatte die Zentrumsfraktion des Landtags sich Mittwoch nach der Morgen Sitzung in dem mit Blumen und Pflanzen ausgestatteten Sitzungssaal um den Veteranen der Fraktion versammelt, um ihm die Glückwünsche zu seinem Parlamentsjubiläum darzubringen. Prälat Dr. Schofer brachte zum Ausdruck, was der Jubilar in den 25 Jahren der Fraktion und dem Volke bedeutet habe und überreichte ihm eine von Künstlerhand geschaffene Muttergottesstatue.

Die Meldung, daß auch der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Marum die Niederlegung seines Landtagsmandats angezeigt habe, beruht auf einem Irrtum. Er wird dies zu einem späteren Zeitpunkt tun.

#### Gemeinde-Rundschau

Zu den Waldborfer Gemeindeverhältnissen nahm der Bezirksrat Wiesloch in seiner letzten Sitzung eingehend Stellung und unterzog sie einer Prüfung und Verhandlung. Der Bezirksrat sprach sich, nach einem offiziellen Bericht im Amtsblatt, dahin aus, daß die Beschlüsse über die Durchführung von Unternehmungen und über die Kapitalaufnahmen gesetzmäßig zustande gekommen sind und daß Bürgermeister Trunk im Sinne der Wehrheit der Einwohnerschaft der Stadtgemeinde Waldborf gehandelt hat. Die Angriffe gegen den Bürgermeister erscheinen dem Bezirksrat, der auch schon bei früheren Anlässen mit dem Waldborfer Verhältnissen eingehend befaßt war, unbegründet. Damit werden auch von der zuständigen Behörde die gegen die Stadtverwaltung von Waldborf gerichteten Angriffe einiger Quertreiber offiziell entkräftet.

Der Gemeinderat Langensteinbach hat beschlossen, daß von der Gemeinde nun jährlich 10 Morgen Wiesengelände mit Frischpflanzungen angelegt wird, um den sehr zurückgegangenen Waldbestand zu heben.

Gemeindeverordnungsabgelehnt. Der Bürgerausschuß in Philippsburg hat gegen nur 3 Stimmen den Gemeindeverordnungsabgelehnt, weil ein Untagefuß von 1,81 M u. 13,66 M Gewerbeertrag vorgegeben war.

Der neue Oberbürgermeister von Lahr. Die Wahl des Regierungsrats Binz (Karlsruhe) zum Oberbürgermeister der Stadt Lahr war bekanntlich angefochten, die Anfechtung aber vom Landesminister in Freiburg verworfen worden. Nunmehr hat die Bürgerliche Vereinigung auf weitere Rechtsmittel in der Angelegenheit verzichtet. Regierungsrat Binz ist also endgültig zum Oberbürgermeister gewählt. Es ist eine Kommission gebildet, die einen Dienstvertrag mit ihm ausarbeitet. Der neue Oberbürgermeister wird sein Amt demnächst antreten. — Oberbürgermeister a. D. Dr. Altstetig hat sich zur Erholung nach Ettenheimminister begeben.

Weiternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Im Bereich des über Mitteleuropa lagernden hohen Drucks dauert das heitere, trockene Wetter mit hochsommerlichen Temperaturen an. Nachdem schon die kräftig angelegenen Luftwirbel einen Einfluß auf Mitteleuropa nicht mehr erlangen konnten und neue Störungen erst in größerer Entfernung zu erkennen sind, werden wir die warme, heitere Witterung noch mehrere Tage behalten. Da nach der Wislana und dem Mittelmeer die Luftströmungen mit großer Lufttrockenheit anhalten, kann zunächst damit gerechnet werden, daß Gewitterbildungen fernbleiben. Wetterausichten für Freitag: Fortdauer der hochsommerlichen Witterung.

#### Kurze Nachrichten aus Baden

W. Heidelberg, 11. Juli. Der Ozeanflieger Hauptmann Köhl machte heute nachmittag bei seinem Flug von Frankfurt a. M. nach Berlin einen Umweg über Heidelberg und warf hier über dem Bergfriedhof zwei Kränze (von Köhl und von Günefeld) mit Schleifen in den Reichsfarben für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert ab. Sie trugen die Aufschrift: „Dem ersten Reichspräsidenten zum Gedenken.“ Das Flugzeug flog sehr niedrig, so daß die beiden Kränze richtig auf dem Bergfriedhof niedersaßen. Sie wurden dann am Grabe Eberts niedergelegt. Das Flugzeug beschrieb noch einen Bogen über Heidelberg und flog dann in der Richtung nach Berlin weiter.

W. Weinheim, 8. Juli. Auf Anregung der Badischen Landwirtschaftskammer fand heute Sonntag nachmittag eine Besichtigung der Folgeeinrichtungen im südlichen Weinbaugebiet statt. Die Sachverständigen begaben sich zunächst auf die Weisen der Gemarkung Weinheim, dann wurden die Wiesengelände in Lützelbach, Hohenbach, Leutershausen, und Großsachsen in Augenschein genommen. Man empfing überall den Eindruck, daß die Meliorationen von großem wirtschaftlichem Segen begleitet waren. In Lützelbach hielt Kulturbauamt Reuberth, Karlsruhe, einen Vortrag über „Die Folgeeinrichtungen in Baden“.

W. Griesbach, 11. Juli. Hier starb nach längerem Leiden Bürgermeister Anton Duber.

#### Verschiedenes

##### Die Vergiftungen auf dem Rheindampfer

W. München, 11. Juli. Von den während einer Rheinfahrt unter Vergiftungsercheinungen Erkrankten sind in München bis jetzt drei Tote, darunter der schwedische Afrikaforscher, Sven Lindler, zu verzeichnen. 23 Erkrankte liegen noch in den Münchner Krankenhäusern, unter ihnen solche, die sich noch in Lebensgefahr befinden. Die genaue Ursache der Vergiftungsercheinungen ist noch nicht bekannt, da die Erhebungen von Mainz aus gepflogen werden.

#### Handel und Wirtschaft

##### Berliner Devisennotierungen

	12. Juli		11. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.78	169.12	168.62	168.96
Kopenhagen 100 Kr.	112.09	112.31	111.99	112.21
Italien 100 L.	21.965	22.005	21.955	21.995
London 1 Pf.	20.395	20.435	20.377	20.417
New York 1 D.	4.1935	4.2015	4.1850	4.1930
Paris 100 Fr.	16.41	16.45	16.395	16.435
Schweiz 100 Fr.	80.78	80.94	80.655	80.815
Wien 100 Schilling	59.14	59.26	59.31	59.13
Wrag 100 Kr.	12.429	12.449	12.404	12.424

Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe. In der Generalversammlung am 10. Juli in der 14 1/2 Stammaktien und 2473 Vorzugsaktien vertreten waren, wurden die Anträge der Verwaltung einstimmig genehmigt und beschlossen, den Verlust von 34 892 M auf neue Rechnung vorzutragen.

Preussische Central-Robentkredit-A.G. Wir verweisen auf die Ankündigung der Preussischen Central-Robentkredit-Aktiengesellschaft in der heutigen Zeitung, betr. ihre 8 % Central-Goldpandbriefe v. J. 1927, die im Betrage von 8 000 000 Goldmark bis Sonnabend, den 14. d. M., zur Zeichnung aufgelegt sind. Die Goldpandbriefe dieser Emission sind mit April-Oktober-Zinscheinen versehen und bis zum 1. April 1933 unkündbar. Sie werden an den Börsen bereits amtlich gehandelt und gehören zu den bei der Reichsbank in Klasse A beleihbaren Wertpapieren. Der Zeichnungspreis ist auf 97,75 Proz. festgesetzt. Die Abnahme kann sofort oder spätestens bis Ende d. M. geschehen.

#### Staatsanzeiger

##### Bekanntmachung

Staatsprüfung im Ingenieurbaufach im Jahre 1928.

Die Regierungsbauführer Hermann Ball aus Budapest, Walter Bertram aus Konstanz, Martin Hochmann aus Klauen i. V., Gustav Glangmann aus Neustadt i. Schw., Fritz Marks aus Karlsruhe, Karl Müller aus Karlsruhe, Wilhelm Rupp aus Berlin, Günther Scherer aus Karlsruhe, Gebert Weidner aus Mannheim und der frühere Ingenieurpraktikant Dr. Fritz Göhringer aus Lahr haben die diesjährige Staatsprüfung im Ingenieurbaufach bestanden und sind zu Regierungsbaumeistern ernannt worden.

Karlsruhe, den 4. Juli 1928.

Der Minister der Finanzen

Dr. Schmidt.

##### Bekanntmachung

Dem Herrn Peter Stumpf in Mannheim sind die Befugnisse eines Sachverständigen für die Prüfung von Dampfesseln als Dampfesselbetriebskontrolleur des Badischen Revisionsvereins für das Land Baden übertragen worden.

Karlsruhe, den 6. Juli 1928.

Der Minister des Innern

J. A. Dr. A. Jung

#### Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Gendarmerieoberwachmeister Adolf Förcher in Zimmern.

